Geleitwort

Zu dieser Schriftenreihe

Seit *Brigitte Knobbe-Keuk* im Jahre 1986 diese Schriftenreihe in der Nachfolge von *Werner Flume* begründet hat, sind mehr als 40 Bände erschienen, in deren thematischen Mittelpunkt die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Steuerrecht und der allgemeinen Rechtsordnung gestellt ist. Die Entwicklung der Reihe hat gezeigt, dass die vielfältigen Verflechtungen des Steuerrechts mit anderen Rechtsgebieten den gewählten Zuschnitt eindrucksvoll gerechtfertigt haben. Die publizierten Arbeiten nehmen Bezüge zum allgemeinen Zivilrecht, zum Gesellschaftsrecht, zum Bilanzrecht und zu den Wirtschaftswissenschaften ebenso in den Blick wie die Rahmenbedingungen des Verfassungsrechts, des Europarechts und des Internationalen Rechts. Strafrechtliche Zusammenhänge unserer Steuerrechtsordnung werden ebenso beleuchtet wie verfahrensrechtliche Implikationen der Besteuerungspraxis.

Der Erkenntnis der Begründerin der Schriftenreihe, dass in den juristischen Fragestellungen aus dem Bereich des Steuerwesens Fragestellungen aus den Teilgebieten der allgemeinen Rechtsordnung zusammentreffen, muss besonders Nachdruck in einer Zeit verliehen werden, in der die innere Stabilität unserer Besteuerungsordnung in hohem Maße gefährdet ist und der Wunsch, aus der eigenen Systematik des Steuerrechts heraus feste Leitlinien für Rechtspolitik und Rechtsanwendung zu gewinnen, hinter den fiskalischen Zwängen der öffentlichen Hand und dem Gestaltungswillen der Steuerpolitik immer weiter zurücktritt. Die Verankerung des Steuerrechts in der allgemeinen Rechtsordnung dient daher auch den Anliegen der Rechtssicherheit und Rationalität unseres Steuerrechts. Darüber hinaus kann durch die Anlehnung an die der Privatautonomie verpflichtete Zivilrechtsordnung sowie durch die Verwirklichung verfassungsrechtlicher und europarechtlicher Freiheitsgewährungen dem Steuerwesen ein Stück rechtsstaatlicher Liberalität zurückgegeben werden. Die Herausgeber wünschen daher, dass die Schriftenreihe in ihrer Gesamtheit einen Beitrag zur Kultur unserer Steuerrechtsordnung zu leisten vermag.

München und Bonn, im Oktober 2011

Wolfgang Schön

Rainer Hüttemann

Geleitwort

Zu dieser Schrift

Zu den Grundzügen einer freiheitlichen Besteuerungsordnung gehört es, dass Zahlungspflichten auf privatautonomem wirtschaftlichem Verhalten der Steuerbürger beruhen. Wer eine Arbeit ergreift, Kapital investiert, Grundstücke überträgt oder Gesellschaften verschmilzt, wird nicht überrascht, wenn Einkommensteuer erhoben, Kapitalertragsteuer einbehalten, die Grunderwerbsteuer aktiviert wird oder stille Reserven aufgedeckt werden. Unfreiwilliges Einkommen ist zwar nicht grundsätzlich steuerfrei (wie das Gesetz für Entschädigungen nach § 24 Nr. 1 EStG beispielhaft feststellt), aber doch die Ausnahme.

Mehr und mehr finden wir jedoch in unserem Steuerrecht „fremdbestimmte Steuerwirkungen“, in denen nicht (nur) der Staat, sondern vor allem andere Privatrechtssubjekte mit ihren autonomen Entscheidungen Steuerlasten erzeugen. Die Liste der – auch praktisch bedeutsamen – Beispiele ist lang. Ein schädlicher Beteiligungserwerb nach § 8c Abs. 1 KStG entwertet für die verbleibenden Gesellschafter die bestehenden Verlustvorräte, die Aufnahme von (Gesellschafter-)Darlehen führt mit Wirkung für alle Teilhaber zum Eingreifen der Zinsschranke; die tatbestandlichen Voraussetzungen der Hinzurechnungsbesteuerung sind vom Gesamtbestand der Anteilseigner abhängig, die steuerfreie Verlagerung von stillen Reserven ist von der Wahrung von Behaltefristen durch Erwerber von Wirtschaftsgütern und Gesellschaftsanteilen abhängig. *Sebastian Heinrichs* leistet in der hier vorgelegten Schrift Grundlagenarbeit in der systematischen Erfassung und Ausdeutung dieser und vieler anderer Konstellationen.

Man kann versuchen, derartigen Steuerlasten mit privatrechtlichen Ausgleichsmechanismen zu begegnen, man kann aber auch die Grundfrage nach den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen dieser heterogenen Steuerfolgen stellen. Letzteres unternimmt der Verfasser mit Rücksicht auf drei Grundprinzipien des Steuerverfassungsrechts: der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, dem Zugriff auf das Markteinkommen und vor allem dem Rechtsstaatsprinzip und seiner Ansprüche an die Vorhersehbarkeit von Steuerlasten, der er die höchste Wirkmacht zutraut.

Insgesamt erweist sich die Arbeit – in den Worten ihres Betreuers *Ekkehart Reimer* – als „Musterbeispiel einer gelungenen wissenschaftlichen Arbeit auf dem Feld der (Kern-)Dogmatik des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts“.

München und Bonn, im Oktober 2019

Wolfgang Schön

Rainer Hüttemann